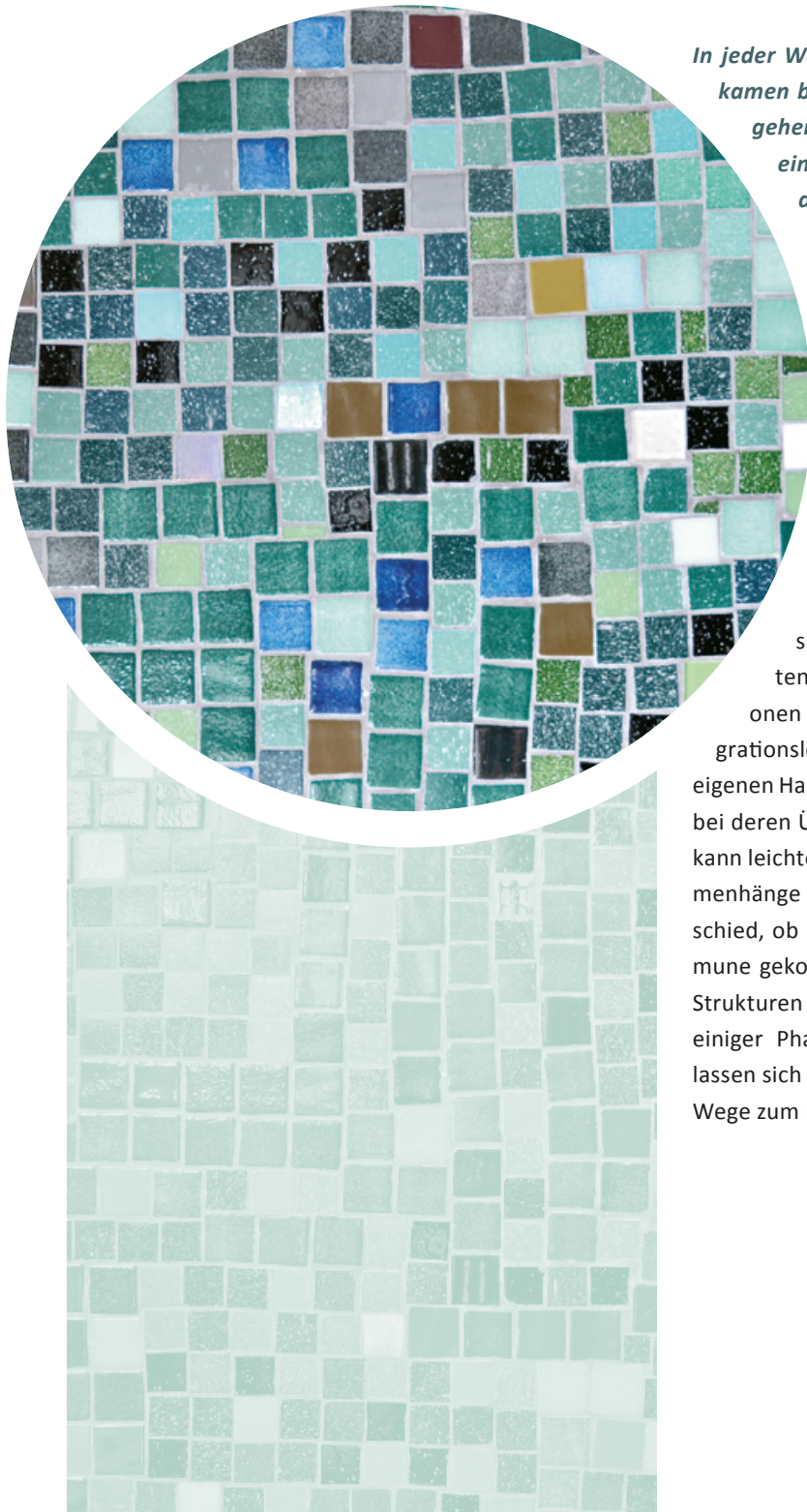


# Integration zum Thema machen! – Aber wie?

Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“



*In jeder Weiterbildung von NIKO in den letzten Jahren kamen bei der Diskussion über das strategische Vorgehen zur Beschlussfassung und zur Erarbeitung eines Integrationskonzeptes die gleichen Fragen auf: Wie machen wir unser Thema überhaupt zu einem Thema für Politik und Verwaltung? Wie erzeugen wir Aufmerksamkeit für Integrationspolitik? Wie gewinnen wir Bündnispartner\*innen, wie insbesondere die Verantwortlichen der Politik?*

Dafür gibt es kein Patentrezept und wenige konkrete und konstruktive Erfahrungen. Im Folgenden soll versucht werden, Hinweise zum Vorgehen für Integrationsverantwortliche zu geben. Das sind in der Regel die Integrationsbeauftragten, häufig in Bayern aber auch andere Funktionen wie Bildungskoordinator\*innen oder Integrationslots\*innen. Dabei kann man an Grenzen der eigenen Handlungsmöglichkeiten stoßen und läuft Gefahr, bei deren Überschreitung auf Widerstand zu stoßen. Das kann leichter fallen, wenn man selbst in politische Zusammenhänge eingebunden ist. Es macht auch einen Unterschied, ob man auf eine Bewerbung hin neu in die Kommune gekommen ist oder ob man als Alteingesessene\*r Strukturen und handelnde Personen gut kennt. Aber mit einiger Phantasie und engagierten Unterstützer\*innen lassen sich in der Praxis immer wieder bisher unbekannte Wege zum Erfolg finden.



## Lobbyarbeit und natürliche Verbündete

Kompetent, engagiert und zuständig gerade für Fragen der Migration, Integration der interkulturellen Arbeit sind die Verbände der freien Wohlfahrtspflege. Sie tragen nach ihrem Selbstverständnis und öffentlichen Auftrag in vielen Feldern Verantwortung für eine gelingende Integration. Es ist daher in ihrem eigenen Interesse, dafür verbindliche Leitorientierungen, klare Zielsetzungen und konkrete Aufgaben und Ressourcen zu bekommen. Sie sind in der Regel Unterstützer und Förderer von kommunalen Integrationskonzepten.

Verbände agieren nicht im politikfreien Raum. Sie sind eingebunden in unterschiedliche Strukturen des vorpolitischen Raums und von ihrer Tradition her zum Teil auch bestimmten politischen Orientierungen verbunden, je nach Bundesland und politischer Kultur auch unterschiedlichen Lagern. Die Verbände sind vor diesem Hintergrund natürliche Ansprechpartner\*innen für kommunale Integrationsverantwortliche. Es ist Teil der Arbeitsplatzbeschreibung und Aufgabenstellung, mit Verbands-Vertreter\*innen regelmäßig zu kommunizieren. Das bietet Gelegenheiten vielfältiger Art, das Thema Integration, den eigenen Arbeitsauftrag und das Vorhaben eines Integrationskonzepts zu thematisieren. Dabei kann – in gebotener Zurückhaltung – auch angesprochen werden, welche Herausforderungen bestehen und wie man vielleicht gemeinsam zu deren Lösung beitragen kann. Die Kolleg\*innen aus den Verbänden können so das Thema befördern und in Gesprächen mit der Politik auf die Erstellung eines Integrationskonzeptes drängen.

*In einer Kommune ist der Geschäftsführer eines Wohlfahrtsverbandes zugleich Mitglied einer Stadtratsfraktion. Die für Integration zuständige Mitarbeiterin kennt aus der regelmäßigen Zusammenarbeit mit der Integrationsbeauftragten deren Schwierigkeiten, einen klaren Auftrag zur Erarbeitung eines Integrationskonzeptes zu erhalten. Sie spricht Ihren Chef darauf an und macht ihm klar, wie sehr das auch ihre Arbeit und damit die des Verbandes behindert. Der Geschäftsführer bringt das in seine Fraktion ein und überzeugt diese, im Stadtrat einen Antrag zu stellen, dass die Verwaltung mit der Vorlage eines Konzeptes beauftragt wird.*

Das kann in ähnlicher Weise in Kontakten mit den Kirchen, mit Gewerkschaften, mit Arbeitgeberverbänden, mit Migrant\*innen-Organisationen und weiteren Institutionen wie Rotary Clubs, Lions Clubs, Soroptimistinnen geschehen. Diese alle sind häufig beim Thema Integration interessiert und engagiert und in politische Netzwerke eingebunden.

*Ein Projekt der berufsbezogenen Jugendhilfe, das für den Übergang in den Beruf benachteiligte, insbesondere geflüchtete Jugendliche ausbildet und deshalb auch im engen Kontakt zur örtlichen Integrationsbeauftragten steht, wird regelmäßig vom örtlichen Lions Club unterstützt und macht mit diesem gemeinsame Veranstaltungen. Im inoffiziellen Teil bei persönlicheren Gesprächen schildert die Geschäftsführerin ihre Herausforderungen, wie unzureichende Förderbedingungen und unklare konzeptionelle Rahmenbedingungen und erfährt, dass zwei Stadtratsmitglieder auch Mitglieder im Club sind. Der Präsident des Clubs vermittelt ein informelles Treffen.*

Verbündete sind immer auch die ehrenamtlichen Helfer\*innen und Helferkreise. Gerade sie finden aktuell viel Anerkennung, werden gelobt und haben dabei Gelegenheit, ihre Anliegen den Spitzen von Verwaltung und Politik nahe zu bringen. Sie sind oft gut gestellte Vertreter\*innen der bürgerlichen Mittelschicht, die gut vernetzt und in vielen Strukturen verankert und mit wichtigen Menschen bekannt sind. Das gilt gerade für kleinere Kommunen und Landkreise. Es kann in den Netzwerken, wo sich Integrationsverantwortliche und Helfer\*innen treffen, versucht werden, entweder systematisch oder auch eher informell herauszuarbeiten, wer wo welche Kontakte hat, die man für das Thema Integration und deren Umsetzung nutzen kann.

*In einer Kommune werden die ehrenamtlichen Helfer\*innen durch den Bürgermeister geehrt. In den Dankesworten der Sprecherin des örtlichen Helfer\*innenkreises macht sie deutlich, dass man sich natürlich über den Dank und die Anerkennung freue, dass aber auch eine bessere Planung für ihr erfolgreiches Arbeiten notwendig sei. Der Bürgermeister greift diese Anregung auf und beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung von Leitorientierungen*

## Institutionelle und rechtliche Möglichkeiten

Als ein besonderes Gremium zur konkreten Initiierung von Integrationsmaßnahmen hat sich der nach dem Kinder- und Jugendhilferecht (SGB VIII) gesetzlich vorgeschriebene Kinder- und Jugendhilfeausschuss herausgestellt. Dieses Gremium gibt es in jeder kreisfreien Stadt und jedem Landkreis. Er ist ein Beschlussorgan, in dem neben Stadt- bzw. Kreisrät\*innen auch Vertreter\*innen der Wohlfahrts- und Jugend-Verbände Sitz und Stimme haben. Diese haben ein Initiativrecht, können also Anträge stellen, über die dann die Politik entscheiden muss.

Das ist der Ort, wo engagierte Integrationsunterstützer\*innen konkrete Anträge für z. B. Projekte zur Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien stellen können. Der Ausschuss ist aber auch das Gremium, das Stadt bzw. Landkreis auffordern kann, ein Integrationskonzept erarbeiten zu lassen, um den Bedarfen auch migrantischer Kinder, Jugendlicher und Familien gerecht zu werden.

*Der Kreisjugendring ist im Jugendhilfeausschuss des Kreises vertreten. Der zunehmende Besuch von migrantischen Jugendlichen und die damit verbundenen Herausforderungen werden mit einem Flickenteppich von Maßnahmen (Fortbildungen, neue Angebote, Suche nach migrantischen Mitarbeiter\*innen) beantwortet. Als klar wird, dass die Überforderungen bestehen bleiben, beantragt der Vertreter des KJR im Ausschuss, ein Konzept zur interkulturellen Jugendarbeit zu erstellen. Der Beschluss wird im Kreistag diskutiert. Auf Antrag einer Fraktion wird beschlossen, nicht nur einen Jugendplan sondern gleich ein Gesamtkonzept in Auftrag zu geben.*

Zumindest in den großen Städten gibt es Bezirksausschüsse, in allen Kommunen Bürgerversammlungen, vielerorts Bürgersprechstunden. Es hat oft positive Folgen gehabt, wenn - gerade auch migrantische Bürger\*innen - diese Plattformen genutzt haben, um ihre Forderungen nach konkreten Maßnahmen, aber auch nach der Verbesserung der Rahmenbedingungen durch grundsätzliche Planungen öffentlich zu formulieren. Das ist im Übrigen auch ein sehr gelungener Ansatz der Kooperation mit Migrant\*innen-Organisationen und des Empowerments ihrer Mitglieder, die befähigt werden, auf solchen Podien das Wort zu ergreifen und Gleichberechtigung einzufordern.

*Das örtliche Jugendhaus ist im kommunalen Arbeitskreis Migration vertreten und klagt, dass durch die verstärkte Zuwanderung und die zu knappen Ressourcen die pädagogische Arbeit kaum aufrechterhalten werden kann. Gemeinsam mit dem Bildungskordinator wird überlegt, was dagegen getan werden könnte. Man plant ein Projekt der politischen Jugendbildung, in dessen Rahmen die kommunalen Strukturen und Einflussmöglichkeiten erarbeitet werden. Zur praktischen Umsetzung bereiten sich die beteiligten Jugendlichen darauf vor, bei der nächsten Bürgerversammlung sich zu Wort zu melden und einen Antrag zu stellen, die pädagogische Situation ihres Jugendhauses zu verbessern. Der Antrag wird mit großer Mehrheit angenommen.*

Natürliche Bündnispartner\*innen sind auch die Querschnittsstellen und Beauftragten wie Gleichstellungsbeauftragte oder Behindertenbeauftragte, die häufig eine stärkere Stellung haben als die Integrationsbeauftragten, weil sie z. B. rechtlich vorgeschrieben sind. Im Rahmen von Gender Mainstreaming oder von Inklusionskonzepten sind immer auch Menschen mit Migrationshintergrund mitzudenken und konzeptionell zu berücksichtigen. Hier können sich Integrationsverantwortliche einklinken und ihren Beitrag zu einer (in Ansätzen auch) Integrations-Planung einbringen und deutlich machen, dass in gleicher Weise ein kommunales Integrationskonzept notwendig ist.

*In einer Kommune arbeiten die verschiedenen Beauftragten-Funktionen eng zusammen. Die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte, die direkt bei der Oberbürgermeisterin angesiedelt ist, informiert ihre Chefin, dass die Arbeit mit Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund ein wesentliches Feld ihrer Aktivitäten ausmache und dass es für eine erfolgreiche Arbeit sinnvoll sei, dass auch für die Integrationsbeauftragte klare konzeptionelle und abgestimmte Vorgaben gelten. Daraufhin kommt es allmählich zu einer aufeinander bezogenen Gleichstellungsarbeit der Integrations-, Inklusions- und Gleichstellungsstellen.*

## Öffentlichkeitsarbeit und Presse

Der Kontakt zu den Medien ist in der Regel nicht Aufgabe von Integrationsverantwortlichen. Sie können aber versuchen, Themen zu platzieren, interessante Projekte vorzuschlagen, gut bildhaft darstellbare Maßnahmen auszuwählen und ihre Vorgesetzten dafür zu begeistern, weil diese dann auch selbst davon Gewinn haben können. So gewonnene Kontakte kann man dann bei weiteren Vorhaben (auch informell) nutzen und attraktive (Integrations-)Themen einspeisen.

*In einer Kommune ist aus verschiedenen Projekten eines Trägers ein Mehrgenerationen-Haus entstanden. Eine Besonderheit des Konzeptes ist neben der generationsübergreifenden Arbeit auch der interkulturelle Ansatz, der junge migrantische Jugendliche mit älteren deutschen Bürger\*innen exemplarisch zusammen bringt. Die Integrationsbeauftragte überzeugt über ihren Vorgesetzten den Oberbürgermeister, das Haus öffentlichkeitswirksam zu besuchen. Die Veranstaltung läuft gut, die anwesenden Journalist\*innen und Fotograf\*innen sind von Geschichte und Bildern sehr angetan. Den wegen der Nachfragen entstandenen Kontakt zur führenden Lokal-Journalistin pflegt die Integrationsbeauftragte intensiv weiter und erreicht so immer wieder Öffentlichkeit für ihr Thema Integration.*

Eine weitere Möglichkeit, das Thema Integration in die Öffentlichkeit zu bringen und es darüber zu einem politischen Thema zu machen, sind Bürger- und Stadtteilfeste, auf denen sich Organisationen und Projekte präsentieren können. Hier kann zumindest so etwas wie ein interkultureller Dialog angestoßen werden. Erfolgreich waren auch öffentlichkeitswirksame fachliche Aktionen, die für unser Thema von Migrant\*innen-Organisationen, Verbänden, Jugendorganisationen und ähnlichen Institutionen ausgehen können.

*In einer Kommune hat der Integrationsrat mit der Integrationsbeauftragten eine gut vorbereitete und beworbene Veranstaltung zum Thema kommunale Antidiskriminierungsarbeit und deren Institutionalisierung durchgeführt. Darüber wurde berichtet und dadurch der Oberbürgermeister aufmerksam. Er hat die Verwaltung beauftragt, ein Konzept vorzulegen und eine kommunale Stelle zu planen.*

Der lebhafteste Besuch von Krippen- oder Kindergarten-Gruppen beim Oberbürgermeister oder der Landrätin, spektakuläre Musik-, Tanz- oder theatralische Aktionen von Jugendlichen oder Proteste von Mietern, die jeweils ihre Themen wie pädagogische Ausstattung, Raumprobleme, Finanzierung, kulturelle Anerkennung oder Entmietung transportieren, haben oft mehr bewirkt als Papiere und Resolutionen. Bei solchen Ideen und Aktionen können Integrationsverantwortliche eine wichtige Rolle spielen als Anreger\*innen, Unterstützer\*innen, Brückenbauer\*innen.

## Politische und persönliche Kontakte

Idealerweise ist der direkte Kontakt in die Politik (die Fraktionen) hinein die wirkungsvollste Möglichkeit, das Thema Integration und kommunale Integrationspolitik auf die Agenda zu setzen. Das ist nicht gerade die Aufgabe von Integrationsverantwortlichen. Wer informelle Kontakte hat, kann diese natürlich nutzen. Es ist aber oft eine Initiative wert, über die Vorgesetzten bzw. die Verwaltungsspitze zu versuchen, das Thema zu einem Tagesordnungspunkt der Fraktionen zu machen und sich dafür zum Vortrag einladen zu lassen.

*Der Integrationsbeauftragte ist Mitglied einer großen Partei und den Sozialpolitiker\*innen ihrer Kreisfraktion auch freundschaftlich verbunden. Beim regelmäßigen Stammtisch bringt er immer wieder geschickt das Thema Zuwanderung und Integration auf den Tisch. Er überzeugt allmählich die Kolleg\*innen, dass es ihm die Arbeit erleichtern und dem Kreis vielleicht sogar eine gewisse Vorreiterrolle einbringen könnte, wenn man ein Integrationskonzept hätte. Er arbeitet der Sprecherin diskret zu, die den Antrag formulieren soll.*

Viele Integrationsverantwortliche sind in überschaubaren Konstellationen aktiv. Hier bestehen viele Kontakte zu Politiker\*innen, Journalist\*innen oder sonstigen Schlüsselpersonen des gesellschaftlichen Lebens. Das gilt vor allem, wenn man in seinem Wirkungsbereich aufgewachsen ist. Diese Kontakte informell zu nutzen, bietet sich an, ist aber auch im Grenzbereich der eigenen Verantwortung. Hier aktiv zu sein, ist abhängig von den je eigenen Möglichkeiten, der jeweiligen Konstellation und einer gewissen Risikobereitschaft.

*Ein für Integration zuständiger Mitarbeiter der Verwaltung einer großen Kommune ist Mitglied einer Partei, die auch in „Regierungsverantwortung“ sitzt. Als er zum wiederholten Male mit seinen Vorschlägen zur kommunalen Integrationsarbeit bei seinen Vorgesetzten kein Gehör findet, berichtet er das seinen Parteifreunden. Nach einiger Zeit haben diese im Stadtrat einen Antrag gestellt, der diese Themen aufgreift und dem Mitarbeiter nach Beschlussfassung durch den Stadtrat die Gelegenheit gibt, endlich seine Vorstellungen konzeptionell zu entwickeln.*

Besonders wirkungsvoll können das Engagement und öffentliche Statements von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sein. So gibt es Künstler\*innen, die sich für die Arbeit mit schwierigen jugendlichen einsetzen, Schauspieler\*innen oder Sportler\*innen, die als Pat\*innen für Vereine, Projekte oder einzelne Menschen wie Frauen, Jugendliche oder Geflüchtete eintreten. Solche Personen als Testimonials für das Thema Integration zu gewinnen, kann die Arbeit von Integrationsverantwortlichen sehr befördern.

*Ein Spieler eines bekannten Fußball-Bundesligisten unterstützt das Fußball-Projekt eines Trägers der Jugendhilfe, dessen Schwerpunkt interkulturelle Arbeit ist. Darüber wird in der Presse berichtet und dargestellt, wie sehr Sport eine inklusive Wirkung hat. Ein mittelgroßer Sportverein nimmt das zum Anlass, sich verstärkt migrantischen Jugendlichen öffnen zu wollen. Daraus wird ein Modellprojekt der interkulturellen Öffnung des Sports, das beispielhaft für andere Vereine wirkt.*

**Diese Überlegungen und Beispiele machen noch einmal deutlich, welche Bedeutung institutionalisierte Strukturen, kommunale und regionale Netzwerke und die Pflege formeller und informeller Kontakte haben. Ohne sie ist eine erfolgreiche kommunale Integrationsarbeit kaum denkbar.**



**Dr. Hubertus Schröer,**  
*Geschäftsführer Institut – Interkulturelle Qualitätsentwicklung München*

## Impressum

### Herausgeber:

NIKO – Netzwerk Interkulturelle Öffnung Kommunen Bayern  
VIA Bayern e.V. – Verband für Interkulturelle Arbeit

Landwehrstraße 22 | 80336 München  
Tel.: +49 (0)89/41 90 27 28 | Fax: +49 (0)89/41 90 27 27  
<https://www.migranet.org/niko> | <https://www.via-bayern.de>



NIKO ist ein Teilprojekt von MigraNet – Landesnetzwerk Bayern  
im Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung“ (IQ).

### Autor:

Dr. Hubertus Schröer

### Redaktion:

Katharina Hörmann  
Katrin Kuhla  
Jakob Ruster

### Stand:

2020

Das Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung (IQ)“ zielt auf die nachhaltige Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Erwachsenen mit Migrationshintergrund ab. Das Programm wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) gefördert. Partner in der Umsetzung sind das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Bundesagentur für Arbeit (BA).